



## Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 08.05.2021

### 1 **Beschluss des SPD-Parteivorstands zum 30. Jubiläum der Deutschen Einheit**

#### 2 3 **I. Wo wir herkommen.**

4  
5 In diesem Jahr jährt sich die Deutsche Einheit zum dreißigsten Mal: Ein Grund zum Feiern!

6 Die Ausgangsbedingungen 1990 in der Bundesrepublik und der DDR waren aufgrund der deutschen  
7 Teilung höchst unterschiedlich: Während die Menschen in Westdeutschland das Glück hatten, nach dem  
8 Krieg Demokratie und Wirtschaft mit Grundgesetz und der Unterstützung des Marshallplans erfolgreich  
9 aufbauen zu können und Wohlstand zu schaffen, musste der östliche Teil des Landes erhebliche  
10 Kriegsreparationen leisten. Seine Bürgerinnen und Bürger lebten und arbeiteten in einer  
11 kommunistischen Diktatur verbunden mit einem ineffizienteren Wirtschaftssystem. Viele verließen die  
12 DDR vor dem Mauerbau. Der Weg zur Deutschen Einheit schien lange verbaut und viele Deutsche in Ost  
13 und West hatten den Glauben daran verloren. Mit dem von Willy Brandt und Egon Bahr eingeleiteten Weg  
14 einer neuen Ostpolitik des „Wandels durch Annäherung“ bekam die Mauer erste Risse.

15  
16 Die friedliche Revolution von 1989 war dann Teil eines Aufbruchs für Demokratie und Menschenrechte in  
17 ganz Osteuropa. Die Zeit der friedlichen Revolution in der DDR ist die größte Sternstunde der Demokratie  
18 auf deutschen Boden. Mutige Menschen in der DDR brachten die Mauer zum Einsturz. Zu dieser mutigen  
19 Bürgerbewegung gehörte auch eine mutige Umweltbewegung, die auf massive Umweltbelastungen wie  
20 schmutzige Flüsse, Rauch in der Luft oder Krankheiten bei Kindern hingewiesen hat. Ihr verdanken wir die  
21 schnelle Errichtung von Nationalparks und Biosphärenreservaten nach der Deutschen Einheit. Mit der  
22 Gründung der SDP im Oktober 1989 haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unseren  
23 Anteil am friedlichen Wandel. Darauf sind wir stolz! Erst am Runden Tisch, dann in vielen Kommunen, in  
24 der ersten frei gewählten Regierung der DDR und der Volkskammer haben wir von Beginn an  
25 Verantwortung übernommen und den Weg zur Deutschen Einheit mitgestaltet.

26  
27 Mit der friedlichen Revolution begann ein radikaler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbruch der  
28 die gesamte Lebenswelt betraf. Die meisten Bürgerinnen und Bürger nutzten trotz mancher Härten und  
29 Enttäuschungen ihre Chancen und Freiheiten, einige aber zerbrachen daran, andere kamen in dem neuen  
30 Staat nie richtig an. Sie alle waren Teil des Umbruchs. Sie brachten ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, ihre  
31 Werte und ihre Vorstellungen mit in diese neue Bundesrepublik ein.

32  
33 Die Erfolge und Impulse der Deutschen Einheit zeigen sich heute nicht nur in der deutlich verbesserten  
34 Infrastruktur und den Angeboten frühkindlicher Bildung in der Kindertagesbetreuung, sondern auch in  
35 gesellschaftlichen Debatten um § 218 StGB und der immer gleichberechtigteren Teilhabe von Frauen in  
36 Arbeitswelt, in Politik und Gesellschaft. Ostdeutschland ist heute Vorreiter bei der Umsetzung von  
37 Paritätsgesetzen, um mehr Frauen in die Parlamente zu bringen.

38  
39 Vieles wurde schnell erreicht: Freie Wahlen, Meinungs- und Reisefreiheit, Versammlungs- und  
40 Pressefreiheit, die Freiheit von Kunst und Kultur, die Entideologisierung der Bildungspolitik und einiges  
41 mehr. Es gab jedoch auch schwere wirtschaftliche Einbrüche und den Verlust von sozialer Sicherheit. Der  
42 Osten war jahrzehntelang von Massenarbeitslosigkeit und einer Abwanderung „in den Westen“ geprägt.  
43 Diese Abwanderungen und der radikale Geburtenrückgang in den 90er Jahren führten zu einer historisch  
44 einmaligen demographischen Situation: Nirgendwo auf der Welt ist das Verhältnis von jungen zu alten  
45 Menschen so ungünstig wie in Ostdeutschland.

46 Die Folgen wie auch die Erfahrungen der Transformation und der demographischen Veränderungen der  
47 letzten 30 Jahre prägen bis heute im Positiven wie im Negativen die meisten Ostdeutschen. Zu viele fühlen  
48 sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse und vermissen die Wahrnehmung und Anerkennung für  
49 die ostdeutsche Lebensleistung im vereinigten Deutschland. In einigen Aspekten ähnelt Ostdeutschland  
50 aber auch anderen Weltregionen, die einen wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozess erlebt  
51 haben. Dreißeig Jahre nach der Deutschen Einheit ist es an der Zeit, über Ostdeutschland, die Geschichte  
52 der Wiedervereinigung und seiner Menschen neu nachzudenken.

53  
54 Die letzten Jahre haben gezeigt, Ostdeutschland ist nicht nur als historische Kategorie in der politischen  
55 Diskussion weiter relevant. Den Menschen ist ihre ostdeutsche Herkunft bewusst und gerade vor dem  
56 Hintergrund der Transformation entwickelte sich eine eigene Identität und ein neues Selbstbewusstsein,  
57 einen wesentlichen Teil der deutschen Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte mitgestaltet und geprägt  
58 zu haben.

59  
60 Eine kritische Historisierung der Umbruchszeit, die einerseits die Härten des Neubeginns ernst nimmt, die  
61 aber zugleich danach fragt, welche Prozesse dem Erbe der DDR geschuldet sind bzw. generell zu den  
62 Folgen revolutionärer Umbrüche gehören, ist politisch nach wie vor nötig, auch über die 30-Jahre-Feier  
63 hinaus.

64  
65 Dem Mythos, dass die Treuhandanstalt ausschließlich im Auftrag der westdeutschen Industrie die DDR-  
66 Wirtschaft zerschlagen habe, ist dabei genauso zu widersprechen wie der Darstellung, der Turbo-  
67 Kapitalismus und die neoliberalen Strategien des Umbaus Ostdeutschlands der 1990er Jahre seien  
68 „alternativlos“ gewesen. Es muss uns um eine differenzierte Sicht gehen, die kritisch die Realitäten der  
69 1990er Jahre rekonstruiert, nach Fehleinschätzungen, Interessenkonflikten, Machtungleichgewichten  
70 und den Folgen dieser Politik bis heute fragt und zugleich die Aufbauleistungen anerkennt.

71  
72 Wir müssen zwischen Ost und West weiter unsere Geschichten erzählen. Viele Westdeutsche wissen  
73 nichts über die Umbrüche in Ostdeutschland und das Leben in der DDR und den neuen Ländern und haben  
74 sich wenig dafür interessiert. Genauso haben viele Ostdeutsche wenig Empathie gegenüber der  
75 Geschichte Westdeutschlands, gerade mit der Geschichte der Migration-, Arbeits- und  
76 Demokratieggeschichte.

77  
78

## 79 **II. Wo wir stehen.**

80  
81 Wirtschaftlich steht Ostdeutschland heute auf einem deutlich stabileren Grund, als das noch vor wenigen  
82 Jahren vorhersehbar war. 30 Jahre kontinuierliche, harte und vielerorts erfolgreiche Aufbauarbeit haben  
83 sich gelohnt. Mit Stolz können wir sagen: Wir haben im wiedervereinten Deutschland vieles erreicht, wenn  
84 auch noch nicht alles geschafft. Die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West haben gemeinsam eine große  
85 und solidarische Leistung vollbracht. Dies wird erst recht deutlich, wenn man auf den Punkt zurückblickt,  
86 von dem aus wir 1990 gestartet sind. Einige Regionen entwickelten sich prächtig, andere blieben zurück.  
87 Das BIP pro Person hat sich im Osten seit 1990 vervierfacht, die Abwanderung ist mittlerweile gestoppt.

88  
89 Insgesamt hat sich die Lebensqualität verbessert, wir haben heute im Osten deutlich weniger Arbeitslose  
90 als in den 90er Jahren, vielerorts herrscht sogar akuter Fachkräftebedarf. Wir konnten eine Wissenschafts-  
91 und Forschungslandschaft etablieren, die sich international messen kann. Kultur- und Naturlandschaften  
92 wuchsen im Großen und im Kleinen.

93  
94 Ostdeutschland hat nur wenige Großunternehmen. Stattdessen prägen kleine und mittlere Unternehmen  
95 bis hin zu sogenannten Solo-Selbständigen die Wirtschaft. Besonders in den ländlichen Regionen der  
96 ostdeutschen Länder werden das öffentliche und das wirtschaftliche Leben von einer Vielzahl kleiner und  
97 kleinster Unternehmen getragen, die über keine vergleichbaren Interessenvertretungen verfügen, wie  
98 dies bei großen Unternehmen oftmals der Fall ist, und die verschärft mit den Herausforderungen des  
99 beschleunigten globalisierten Wettbewerbs, der zunehmenden Digitalisierung und einem

100 demografischen Wandel konfrontiert sind. Es bleibt die zentrale Aufgabe, Arbeitsplätze im Osten für die  
101 Zukunft zu schaffen. Daher brauchen wir einen Innovationsschub in unserer Gesellschaft.

102  
103 Vielen Ostdeutschen stecken die Jahre des massiven Umbruchs in den Knochen: Zwar haben viele von  
104 ihnen die Kompetenz erworben, mit Wandel kreativ umzugehen, aber in Ostdeutschland finden sich nach  
105 wie vor mehr Menschen aus prekären Lebensverhältnissen und neuen Mittelschichten, für die Wandel  
106 auch mit Abstiegserfahrungen und Sorgen verbunden ist.

107  
108 Gleichzeitig wuchs eine neue Generation nach 1990 heran. Sie tritt selbstbewusster auf, auch gegenüber  
109 ihren Arbeitgebern. Sie hat die Macht, einen „Arbeitnehmerfrühling“ im Osten anzustoßen, um für höhere  
110 Löhne und Mitbestimmung zu kämpfen. Dies ist ein Kampf, den ihre Eltern und Großeltern aus Angst vor  
111 drohender oder tatsächlich erlebter Arbeitslosigkeit selten geführt haben.

112  
113 Viele der jüngeren Menschen haben diese Sorgen nicht mehr, sie machen sich z.B. Sorgen um die Zukunft  
114 unseres Planeten und den Klimawandel, der auch Ostdeutschland stark betrifft. Die jüngere Generation  
115 artikuliert ihre Forderungen und macht sie sichtbar. Nicht nur deshalb ist es richtig, endlich das aktive  
116 Wahlalter bei allen Wahlen von 18 auf 16 zu senken. Einige Bundesländer, auch im Osten, sind hier bereits  
117 die ersten Schritte gegangen. Teilhabe und Beteiligung gehören für uns zusammen, gerade eine  
118 Generation, die neue Erfahrungen machen konnte und künftig schwerwiegende demografische und  
119 wirtschaftliche Herausforderungen meistern soll, muss politisch aktiviert und gehört werden.

120 Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei einer wachsenden Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern die  
121 Einschätzung vorherrscht, dass das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen immer seltener erfüllt wird,  
122 sich Fleiß und Anstrengungen nicht auszahlen.

123  
124 Die nüchterne Analyse zeigt: Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Erfolge in Deutschland konnten  
125 wir nicht in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus für ausreichend Gerechtigkeit sorgen. Die  
126 globalen Rahmenbedingungen und die weiteren großen Herausforderungen wie z.B. der Klimaschutz,  
127 verschärfen diese Situation und besorgen die Menschen.

128  
129 Die Folgen der Corona-Pandemie bedrohen - wie überall - viele positive Entwicklungen. Der Bund und die  
130 ostdeutschen Länder müssen daher alles dafür tun, damit wir möglichst schnell wieder an die positive  
131 Entwicklung anknüpfen können.

132  
133 Gleichzeitig kann es nicht einfach um die Rückkehr zum Status Quo vor der Krise gehen: Ostdeutschland  
134 ist nach wie vor durch eine flächendeckende Strukturschwäche gekennzeichnet. Es bestehen weiter große  
135 strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, bei Einkommen und Vermögen, bei den Löhnen, bei der  
136 Vertretung in den Führungsetagen von Wirtschaft und Gesellschaft, bei den Steuereinnahmen der Länder  
137 und Gemeinden. In ländlichen Regionen stehen wir mit Blick auf den demographischen Wandel, die  
138 Fachkräftesicherung, Infrastrukturausbau und öffentliche Daseinsvorsorge vor großen  
139 Herausforderungen.

140  
141 Bereits vor der Corona-Krise wurde das gemeinsam Erreichte in Frage gestellt bzw. rückt angesichts  
142 populistischer Debatten und bewusst verzerrter Darstellungen des politischen Streitens in den  
143 Hintergrund. Verschwörungen, das Propagieren vermeintlich einfacher Lösungen, rassistische Übergriffe  
144 und Hetze und Gewalt gegen Andersdenkende bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer  
145 Demokratie gerade in ostdeutschen Dörfern und Städten und produzieren mancherorts ein Klima der  
146 Angst, auch weil die demokratische Gegenmacht häufig schwach ist. Dies alles gibt es auch in  
147 Westdeutschland, es wirkt angesichts der Schwäche der Demokratie im Osten sehr viel stärker auf die  
148 Stabilität der Demokratie. Seit 1990 versucht zudem die extreme Rechte den Frust und die Ängste in  
149 Ostdeutschland zu instrumentalisieren. Es war die SPD, welche in den letzten Jahrzehnten durch  
150 Demokratie-Programme und auf der Straße gegen den Rechtsruck und für die Stärkung der Demokratie  
151 gekämpft hat. Es ist gut, dass in den letzten Jahren unter dem Hashtag #Baseballschlägerjahre durch  
152 Kultur und Gesellschaft die rechte Gewalt seit 1990 verstärkt aufgearbeitet wird.

153

154 Unsere Antwort auf Unsicherheit und den Vorwurf bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren  
155 Problemen nicht gehört zu werden, muss mehr Gerechtigkeit und die Stärkung der Zukunftsfestigkeit der  
156 ostdeutschen Wirtschaft sein. Wir müssen den Menschen wieder mehr die reale Erfahrung ermöglichen,  
157 dass ihr Wohlstand sicher ist, dass Menschen nicht einfach „nach unten“ abstürzen, dass sich hartes  
158 Arbeiten lohnt. Wir müssen weiter an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West  
159 arbeiten. Dazu gehören zuvorderst nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, gleiche Löhne für gleiche  
160 Arbeit und mehr als nur die bloße Existenz sichernde Renten. Wir müssen den gesamtdeutschen Aufbruch  
161 schaffen, um einen Vorsprung für Ostdeutschland zu entwickeln. Wir brauchen einen umfassenden  
162 sozialen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Politikansatz, der Gerechtigkeit, Sicherheit und  
163 Innovation für alle Bürgerinnen und Bürger verbindet, um immer noch bestehende strukturell  
164 nachteiligen Folgen der Deutschen Einheit zu reparieren und Ostdeutschland weiter voran zu bringen.  
165

166 Die Europäische Union hat den Aufbau Ostdeutschlands in den vergangenen 30 Jahren wesentlich mit  
167 vorangebracht. Durch die EU-Osterweiterung konnten traditionelle Handelsbeziehungen zu unseren  
168 östlichen Nachbarn gefestigt und ausgebaut werden. Wir wollen einen neuen europäischen Aufbruch, der  
169 einen engen Dialog mit unseren Nachbarn auch außerhalb der EU umfasst.  
170

171

### 172 **III. Was zu tun ist.**

173

174 Die SPD will für Ostdeutschland ein Zukunftsprogramm für die kommenden 20 Jahre auflegen. Mit dem  
175 Programm wollen wir ein Klima von Kreativität und Innovation schaffen, Aufstiegsmöglichkeiten  
176 verbessern sowie Selbstbewusstsein und Anziehungskraft der neuen Länder stärken. Das  
177 Zukunftsprogramm soll aus drei Bestandteilen bestehen: Innovation, Gerechtigkeit und Zusammenhalt.  
178

179

#### 179 *1. Innovation*

180

181 Am Beginn des Zeitalters der digitalen Gesellschaft reichen klassische Infrastruktureinrichtungen oder  
182 Errungenschaften des sozialen Ausgleichs nicht mehr aus, um eine Region attraktiv zu machen. Wir  
183 brauchen einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, der Ostdeutschland von  
184 anderen Regionen positiv abhebt. Erst solch ein Entwicklungsvorsprung ermöglicht es Nachteile nicht nur  
185 auszugleichen, sondern auch neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die  
186 einzelnen Regionen zu ziehen. Deshalb setzen wir uns für nachhaltige Investitionen ein, die ganz  
187 Ostdeutschland nach vorne bringen und Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und sichern.  
188

189 Grundlage für Innovation ist eine gut funktionierende Infrastruktur. Deshalb soll der Ausbau der 5G-Netze  
190 und des breitbandigen Internets vor allem in dünn besiedelten Räumen besonders unterstützt und  
191 beschleunigt umgesetzt werden. Wir setzen uns für eine Beschleunigung bei der Umsetzung von  
192 Infrastrukturprojekten ein. In Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte wollen wir durch ein  
193 intelligentes Zusammengreifen der Regionalisierungs- und Gemeindeverkehrsmittel dafür sorgen, dass  
194 auch dort ein dichter Regionalverkehr möglich ist.  
195

196 Um die Konkurrenzfähigkeit bei Schlüsseltechnologien wie der künstlichen Intelligenz (KI) zu erhalten,  
197 fordern wir ein milliardenschweres Investitionspaket. Damit könnte Ostdeutschland Teil eines  
198 europäischen Forschungsverbundes werden. Die Digitalisierung bietet neue Chancen für ländliche Räume.  
199 Zum einen können landwirtschaftliche Betriebe effizienter, klimafreundlicher und ressourcenschonender  
200 arbeiten und neue Vertriebswege entwickeln. Zum anderen können digitale Infrastruktur und digitale  
201 Lösungen für Mobilität, Gesundheit und Verwaltung dem ländlichen Raum neue Attraktivität verleihen.  
202 Hierzu soll ein Kompetenzzentrum „Digitalisierung und ländlicher Raum“ in Ostdeutschland angesiedelt  
203 werden.  
204

205

205 Wir treiben die Digitalisierung von Schulen und Hochschulen voran. Alle Schüler, Studenten und  
206 Lehrkräfte sollen bis 2024 in der Cloud arbeiten können. Jede Schule und Hochschule verfügt über eine

207 Digitalstrategie und ein entsprechendes Umsetzungskonzept. Der Digitalpakt wird so ausgestattet, dass  
208 eine flächendeckende Ausstattung mit Endgeräten sichergestellt ist.

209 Mangels Betriebsgröße spielen private Forschung und Entwicklung in den Unternehmen Ostdeutschlands  
210 nach wie vor eine zu geringe Rolle. Deshalb sollen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in kleinen  
211 und mittleren Unternehmen stärker als bisher steuerlich gefördert werden, wenn sich diese Förderung als  
212 gutes Instrument bewährt, sowie F+E-Programmförderung gesteigert werden, um Anreize zu mehr  
213 Forschungsaktivitäten zu setzen. Deshalb setzen wir uns auch für die Ansiedlung von Forschungs- und  
214 Transfereinrichtungen, für die Stärkung der universitären und fachhochschulischen Bildungslandschaften  
215 und die Schaffung von Innovationsclustern ein.

216  
217 Wir sorgen dafür, dass Ostdeutschland ein Zentrum der Elektromobilität, des autonomen Fahrens, der  
218 Entwicklung und Produktion von Speicherkapazitäten wird. Dazu sollen Forschungs- und  
219 Entwicklungsaktivitäten gebündelt und unterstützt werden. Wasserstoff kann ein wichtiger  
220 Energieträger der Zukunft sein, zumal er aus Überschüssen regenerativer Energien hergestellt werden  
221 kann. Deshalb muss mindestens ein Leitprojekt für Ostdeutschland im Bereich der  
222 Wasserstofftechnologie angesiedelt werden.

223  
224 Wir stehen für die schnelle Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes, um neue Arbeitsplätze in den vom  
225 Kohleausstieg betroffenen Regionen der Lausitz und Mitteldeutschlands zu schaffen und  
226 Umrüstungsoptionen zu eröffnen. Wir wollen die Energiewende verbinden mit einer klimafreundlichen  
227 Re-Industrialisierung und einer Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe.

228  
229 Wir wollen großstädtische Wachstumsregionen sowohl über Innovationskorridore untereinander als auch  
230 mit ländlichen Regionen verbinden. So beleben wir auch diese Regionen. Dazu sollen Infrastruktur-,  
231 Innovations-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik strategisch zu einer umfassenden Regional- und  
232 Strukturpolitik miteinander verknüpft werden. So kann die wirtschaftliche Dynamik von Hochschulen,  
233 großen Unternehmen und Städten in alle Regionen ausstrahlen.

234  
235 Der Klimawandel bedroht unser Land, unsere Küsten, unsere Wälder. Klima schützen heißt Zukunft  
236 sichern. Unsere Aufgabe muss es sein, dass der Schutz von Umwelt, Natur und Klima zu einem Anliegen  
237 aller wird. Klimawandel darf das Land nicht spalten, er muss für alle bezahlbar bleiben und sozial gerecht  
238 sein.

## 240 2. *Gerechtigkeit*

241  
242 Wir müssen die soziale Demokratie besonders in Ostdeutschland stärken. Dazu werden wir den  
243 Sozialstaat stärker sichern. Die Idee des neuen Bürgergeldes ist für Ostdeutschland elementar. Wohlstand  
244 muss auch in Krisen über einen längeren Zeitraum sicher sein und es muss zudem faire Angebote geben,  
245 sich aus eigener Kraft aus Krisen herauszuarbeiten. Dies gelingt mit einem Bonus für Weiterbildung und  
246 einem Arbeitslosengeld Q für mehr Qualifikation, mit dem Schutz für Wohnung und Erspartem sowie mit  
247 einer verlängerten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen, die bereits viele Arbeitsjahre hinter  
248 sich haben. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen, wie sinnvoll es gerade für Ostdeutschland ist,  
249 den Sozialstaat neu zu denken, eine Kindergrundsicherung und eine Bürgerversicherung einzuführen.

250 Deshalb stehen wir auch für das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Kurzarbeitergeld reichte in  
251 Ostdeutschland auch deshalb mancherorts nicht, weil man mit 60 bzw. 67 Prozent von Niedriglöhnen nur  
252 schlecht leben kann. Deswegen ist es gut, dass die SPD eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes  
253 durchgesetzt und auch über 2020 hinaus verlängert hat.

254 Deshalb setzen wir uns nicht nur dafür ein, dass die Lohnlücke zwischen Ost und West so schnell wie  
255 möglich geschlossen wird, sondern stärken auch Betriebsräte und Gewerkschaften: Die Mitgliedschaft in  
256 Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückdrängen.  
257 Öffentliche Aufträge und z.B. Ansiedlungsinvestitionen knüpfen wir an Sozialstandards und tarifliche  
258 Bezahlung.

259

260 Erforderlich ist auch, den Mindestlohn auf perspektivisch 12 Euro anzuheben – nur so sichert er eine  
261 auskömmliche Rente im Alter ab. Weil in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit besonders  
262 hoch und die Löhne niedrig waren, bekommen besonders viele Menschen, die in Ostdeutschland in den  
263 nächsten Jahren in Rente gehen, nur eine niedrige Rente. Deshalb ist die Einführung der Grundrente für  
264 uns ein großer Erfolg – sie ist gerade in Ostdeutschland für viele Menschen nicht nur eine  
265 existenzsichernde Rente, sondern auch Anerkennung für 30 Jahre Aufbauleistung unter widrigen  
266 Bedingungen. Wir werden nicht nur die Grundrente perspektivisch weiter entwickeln, sondern auch die  
267 bestehenden Ungleichheiten im Rentenrecht beseitigen. Die Bewältigung der Corona-Pandemie braucht  
268 einen aktiven Staat und eine kompetente Verwaltung. Die neu dazu gewonnene Wertschätzung vieler  
269 Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen für staatliche Handlungsfähigkeit bietet die Chance,  
270 gesellschaftliche Ungleichheiten weiter abzubauen.

271  
272 Engagiert sich der Staat heute wieder stärker als Mitgesellschafter oder über Hilfspakete gilt dabei das  
273 Prinzip, dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler) etwas  
274 davon haben müssen – und dadurch Ungleichheit in Deutschland reduziert wird. Deshalb sollen zum  
275 Beispiel Modelle der Genossenschaft und Mitarbeiterbeteiligungen stärker genutzt werden, um so  
276 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Eigentum zu beteiligen.

277  
278 Wir werden die Interessen Ostdeutschlands in der Frage der Bezahlung der Kosten der Corona-Krise  
279 deutlich machen. Aus unserer Sicht kann dies nicht auf dem Rücken der kleinen und mittleren Einkommen  
280 ausgetragen werden.

### 281 282 3. Zusammenhalt

283  
284 Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland fallen nicht vom Himmel. Um dem Verfassungsziel  
285 gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu kommen, brauchen wir neue Instrumente. Eine wachsende  
286 wirtschaftliche, soziale und damit letztlich demokratische Diskrepanz widerspricht auch dem  
287 Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Wachstumsregionen müssen – aus wohl  
288 verstandenem Eigeninteresse – selbst darauf aus sein, Wachstum zu kanalisieren und Erfolge auch in  
289 anderen Regionen zu ermöglichen. Es muss darum gehen, Wachstums- und Aufstiegschancen für alle zu  
290 ermöglichen. Dazu wollen wir die strukturellen Ausgangsbedingungen, aber auch die  
291 Ausgleichsmechanismen zwischen Bund und Ländern weiterentwickeln.

292  
293 In allen Bundesländern gibt es heute sowohl urbane Wachstumszonen als auch periphere ländliche  
294 Räume. Bei Bundesprogrammen muss künftig *erstens* genauer auf die kommunale Ebene geachtet werden  
295 – um so besser auf unterschiedliche Lebensbedingungen reagieren zu können. *Zweitens* muss stärker auf  
296 die Unterstützungsbedürftigkeit abgestellt werden. Es ist einfacher, öffentliche Dienstleistungen und  
297 Infrastruktur in wachsenden Regionen zu schaffen, als sie in schrumpfenden oder dünn besiedelten zu  
298 unterhalten – gerade diese Regionen bedürfen deshalb besonderer Unterstützung Und *drittens* müssen  
299 Ausgleichsmechanismen aktivierend, vorsorgend und investierend sein. Nur so kann sich die Schere  
300 zwischen „ärmeren“ und „reicherer“ Regionen wirklich schließen – Ostdeutschland kann davon  
301 besonders profitieren. Wir werden auch in dünn besiedelten Regionen durch eine auskömmliche  
302 Finanzierung eine gute Versorgung sicherstellen. Das gilt für die Unterhaltung und Finanzierung von  
303 Krankenhäusern, genauso wie von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, öffentlichem  
304 Nahverkehr sowie dem Ausbau digitaler Infrastruktur oder des kulturellen Angebots.

305  
306 Wir sehen mit Sorge die Zunahme von Extremismus, Hass und Gewalt. Wir wollen einen wehrhaften Staat  
307 und lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Ausgrenzung von Minderheiten und  
308 Rassismus ist menschenverachtend und schadet Ostdeutschland. Deshalb brauchen wir eine  
309 entschlossene Initiative für mehr politische Bildung entlang der gesamten Bildungskette – angefangen  
310 von den Kitas, über Politikunterricht und Medienbildung an allen Schulformen, über die Hochschulen bis  
311 hin zur Erwachsenenbildung.

312

313 Gleichzeitig müssen die staatlichen Sicherheitsorgane in ihren Funktionen so gestärkt werden, dass sie  
314 einerseits befähigt werden den wehrhaften Staat auch durchzusetzen und andererseits demokratisch und  
315 offen mit eigenen Schwachstellen umgehen.

316  
317 30 Jahre nach der Deutschen Einheit müssen wir unsere demokratische Ordnung in Ostdeutschland neu  
318 beleben. Die Unterstützung in die Demokratie und die Bereitschaft sich zu beteiligen ist in Ostdeutschland  
319 geringer ausgeprägt. Wir brauchen einen echten demokratischen Aufbruch und eine gesellschaftliche  
320 progressive Bewegung im Osten, die selbstbewusst als Ostdeutsche die Demokratie und die Erfolge der  
321 Vergangenheit verteidigt sowie für mehr Gerechtigkeit und Solidarität für und im Osten kämpft. Wir  
322 unterstützen daher das Engagement von Initiativen, die sich ebenfalls diesen Zielen verpflichtet fühlen.

323  
324 Die Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Überall dort, wo sie gemeinsam und  
325 aktiv ihr Zusammenleben gestalten, entsteht ganz automatisch politischer Wille und Wehrhaftigkeit  
326 gegenüber den Feinden unserer Demokratie. Der Schlüssel für die politische Mobilisierung demokratischer  
327 Strukturen liegt vor allem auch in der Stärkung der lokalen Demokratie insgesamt: neues Engagement –  
328 ganz gleich, ob für den örtlichen Kulturverein, für das soziale Miteinander im Quartier, die freiwillige  
329 Feuerwehr oder den Sport - in und für die Gemeinden schafft die Basis, dass sich dann die Bürgerinnen  
330 und Bürger wieder für Parteien, betriebliche Mitbestimmung und zivilgesellschaftliche Organisationen  
331 stärker interessieren und sich für sie entscheiden.

332  
333 Für einen solchen zivilgesellschaftlichen, demokratischen Aufbruch fordern wir in jedem Ort die  
334 Einführung von Bürgerbudgets: Bewusst in Ergänzung parlamentarischer Strukturen und nicht in  
335 Konkurrenz. Ein solches Bürgerbudget, über die Bürgerinnen und Bürger mit ihren eigenen Ideen  
336 bestimmen können, erhält jede Kommune mit mehr als 1.000 Einwohnern. Einzige Voraussetzung ist, dass  
337 die Projekte der Allgemeinheit nutzen, die Bürger einen Eigenanteil am Vorhaben darlegen und das Projekt  
338 eine bestimmte Unterstützeranzahl findet. Gerade im Osten gibt es hier viele gelungene Beispiele für eine  
339 solche Beteiligung.

340  
341 Die deutliche Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in den meisten gesellschaftlichen und  
342 wirtschaftlichen Bereichen gilt es dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit zu beenden. Dazu ist jetzt auch  
343 die Chance: Im Osten steht in Führungspositionen von Politik, Unternehmen und Verbänden vielerorts ein  
344 Generationswechsel an, den wir nutzen sollten, um mehr Ostdeutschen Führungsverantwortung zu  
345 übertragen. Um mehr Menschen mit ostdeutschem Hintergrund in den Führungsebenen der  
346 Institutionen zu verankern, fordern wir daher eine Selbstverpflichtung von Politik, Medien, Wirtschaft,  
347 Verbänden und Justiz. Der oder die Ost- Beauftragte der Bundesregierung soll in seinem jährlichen Bericht  
348 über Fortschritte in diesem Bereich berichten. Darüber hinaus gilt aber auch: Jenseits der Eliten sind  
349 informelle Netzwerke von hoher Bedeutung. Sie können sowohl Selbstbewusstsein schaffen,  
350 Erfahrungsaustausch und Unterstützung bieten, als auch zusätzliche Qualifikationen vermitteln.  
351 Regionale und überregionale Netzwerke, Führungsakademien und Mentorenprogramme, nicht nur für  
352 Studenten und Berufsanfänger, sollen deshalb finanziell unterstützt werden.

353  
354 Wir wollen die Debatte um das Zusammenwachsen Deutschlands weiterführen. Dabei geht es darum, ost-  
355 und westdeutsche Erfahrungen zu sammeln, Transformationsforschung auszubauen, Lebensleistungen  
356 zu würdigen und mehr Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Deshalb  
357 befürworten wir die Errichtung eines „Instituts für Transformation und Aufbau Ost“ in Ostdeutschland,  
358 um die Erfolge der Wiedervereinigung zu würdigen, aber auch eine zeitgenössische, differenzierte und  
359 kritische Aufarbeitung der letzten Jahrzehnte zu ermöglichen und öffentliche Debatten zu führen, wie  
360 man Zusammenhalt und Chancengleichheit für Region in Transformationsgesellschaften sichern kann.

361  
362 Ostdeutschland wird als Region nur erfolgreich sein, wenn es für Kreativität und Weltoffenheit, für  
363 Forschergeist und Neugier steht. Für uns ist Ostdeutschland eine Region, die Talente und Unternehmen  
364 anzieht und willkommen heißt. Nur so können Wachstum und Innovation, Arbeitsplätze und Perspektiven  
365 gedeihen. Deshalb bekämpfen wir auch jede Form von Fremdenhass und Rassismus. Wir wollen

## „30 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT“

366 Demokratieprojekte dauerhaft unterstützen, stehen für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und  
367 Bürger und werden zivilgesellschaftliches Engagement noch stärker unterstützen.

368

### 369 **Vorsprung Ost**

370

371 Wir wollen zu einem neuen „Aufbruch Ost“ ansetzen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen deshalb auch  
372 Aufstiegschancen und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Alle Menschen in Deutschland sollen  
373 ähnliche Lebenschancen haben. Sie müssen die Möglichkeit zu wirtschaftlicher und sozialer Entfaltung  
374 haben, sie müssen die Bedingungen vorfinden, um ein gutes Leben führen zu können. Deshalb ist es unser  
375 Ziel, strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, die es immer noch gibt, zu beseitigen. Mit einem  
376 neuen Aufbruch für Ostdeutschland.

377

378 Unser Ziel ist es, mittels Investitionen in innovative Technologien, in Bildung und Forschung, in  
379 Internationalität und stabile nachbarschaftliche Partnerschaften neue Zukunftsfelder für Ostdeutschland  
380 zu erschließen und so einen „Vorsprung“ im Wettbewerb der Regionen zu schaffen. Es geht uns darum,  
381 Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen und neue Perspektiven für die  
382 Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern aufzuzeigen.